

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

140 (21.6.1909)

Politische Uebersicht.

Preußische Konservative und deutsche Einigung.

Neben anderen Neuigkeiten brachte Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 16. Juni auch die, daß die deutsche Einigung durchgeführt worden ist von Männern, die der konservativen Gedankenrichtung angehörten.

Dieser Satz aus der Rede des vierten Reichskanzlers klingt um so überraschender, als bisher alle Welt der Meinung war, daß die preußischen Stockkonservativen (nebenbei mit ihrem König an der Spitze) sich mit Händen und Füßen gegen den Reichsgedanken gestraubt haben.

Jagdschloß Springe, 15. Dez. 1898.

Wenn ich unter den preußischen Eggelungen sitze, so wird mir der Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junker nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig und haben das Königtum auf ihrer Seite.

Die Reichsfeindschaft der Konservativen ist traditionell. Sie dachten 1898, wie sie noch am 17. Januar 1871, einen Tag vor der Reichsgründung, in Versailles mit König Wilhelm I. dachten, von dem sein Sohn Friedrich in seinem Tagebuch unter dem erwähnten Datum notiert:

(Der König werde die Reichsforde) „nur neben der preußischen dulden; er verbat sich die Zumutung, von einem kaiserlichen Heere zu hören, die Marine möge kaiserlich genannt werden; man sah, wie schwer es ihm wurde, morgen von dem alten Preußen, an dem er so festhält, Abschied nehmen zu müssen.“

Der Kronprinz hatte übrigens während des ganzen Krieges einen heillosen Respekt vor der feindlichen Stellung der konservativen preußischen Heerführer zur Reichsgründung. Auch Bismarck kannte in dieser Hinsicht seine Pappenheimer. Unter dem 12. November 1870 bezeichnete der Kronprinz mit Genehmigung in seinem Tagebuch, Bismarck sei „entsetzt gemein, daß solche preußische Partikularen wie Roon und Rodbierski überhaupt mit der Angelegenheit (der Reichsgründung) zu tun haben.“

Und am 7. März 1871, nach dem vorläufigen Friedensschluß, fasste er seine Enttäuschung in folgenden Worten zusammen:

„Ich zweifle an der Aufrichtigkeit für den freiheitlichen Ausbau des Reiches und glaube, daß nur eine neue Zeit, die nicht mit mir rechnet, solches erleben wird.“

Der Kronprinz hatte vielleicht damals die hübschen Verse des Grafen Bredler im Sinne, der 1848 sang: „Wir wollen Preußen bleiben! Der Teufel hol' das Treiben, Das Deutschland fabriziert Und Preußen ruiniert.“

Diesen Konservativen, die das Reich und seinen freiheitlichen Ausbau aus tiefer Seele hassen, die zurzeit in dem hübschen süddeutschen Verfassungsvorschritt schon eine Gefahr sehen, diesen preußischen Junkern sagt

Fürst Bülow mit einem Male nach, daß ihnen die deutsche Einigung zu danken sei. Dieser Entdeckung liegen etwa dieselben Tatsachen zugrunde, wie jener vor einigen Jahren von dem jetzigen Reichskanzler verkündeten, daß Preußen in Deutschland voran sei.

Auf der Suche nach der mittleren Linie.

Die Reichspartei hat es unternommen, durch den Fürsten Satzfeld den Versuch machen zu lassen, eine Verständigung zwischen Konservativen und Nationalliberalen auf einer mittleren Linie herbeizuführen. Die Freikonservativen erklären, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß die Sozialdemokraten schließlich die Erbanfallsteuer ablehnen werden.

Agrarische Steuerfragen.

Der Breslauer „Generalanzeiger“ führt wieder einige Fälle an, in denen Agrarier zu auffallend niedrigeren Steuern veranlagt sind. Der Oberamtmann Schlabitz auf Rittergut Szalitz mit zwei Vorwerken und großen Waldungen hatte auf dem Bahnhof in Dels seine Steuerbenachrichtigung verloren.

Begnadigt.

Der Führer der Berliner Handwerker, Obermeister Schmidt von der Bäderinnung „Konfordia“, der von der 5. Strafkammer des Berliner Landgerichts wegen Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen verurteilt wurde, ist jetzt vom Kaiser begnadigt worden.

Bauernfang.

Der obdenburgische Abgeordnete von Lebekow hat in den letzten Wochen in Nordbayern für den Bund der Landwirte eine Agitationstour unternommen. In dem oberfränkischen Ort Schneidershamm er ist es dem preußischen Agrarier nun gelungen, eine Versammlung von durchweg blutarmen Bauern des Frankenthaldes zu bestimmen, eine Resolution einmütig anzunehmen, die sich gegen die Erbschaftsteuer (die bekanntlich nur Erbschaften von über 20000 Mk. treffen soll) richtete und worin weiter den preußischen Junkern für ihr „mannhaftes Auftreten“ gegen die Erbschaftsteuer „aufrichtiger Dank“ ausgesprochen wird.

Badische Politik.

Teure Fleischpreise

sehen in Baden in Aussicht. Die Ergebnisse der Viehzählung zeigen eine nicht unerhebliche Abnahme des Viehbestandes bei fast allen Nutztiergattungen, mit Ausnahme der Ziegen. Die Ursache dieser Erscheinung ist in einem zu starken Verkauf in Verbindung mit ungenügender Nachzucht des Nutzviehs zu suchen.

Wenn nicht alle Anzeigen trügen, kommt also zu der Proberteuerung noch eine Fleischpreiserhöhung. Dazu die neuen indirekten Steuern auf Bier, Branntwein, Streichhölzer, Kaffee und Tabak. Wir gehen also „herrlichen“ Zeiten entgegen.

Die Wanzentaktik

befolgt der „Bad. Beobachter“ gegenüber unserm Artikel in der Nr. 134 vom letzten Montag, in welchem wir nachgewiesen haben, daß die Zentrumspreise ihre Decker falsch berichtet, wenn sie behauptet, die sozialdem. Presse operiere bei ihrem Brotwucherergeschrei mit irreführenden Zahlen.

„Da wurden die Zölle eingeführt, und das Brot wurde so billig wie nie.“

Eine Illustration zu dieser von einigen Zentrumsorganen kolportierten Fälschung bilden die jetzt fast täglich einlaufenden Meldungen über Proberteuerung. So berichtet unser Furttwanger Korrespondent:

Durch die heißen Wozelblätter machen die Wäldermeister von hier und Umgegend bekannt, daß infolge der außerordentlich hohen Mehlpreise vom 15. Juni ab der Laib Halbweizen 60 Pf., der Laib Schwarzbrot 36 Pf. kostet. Damit hat der Preis des notwendigsten Lebensmittels eine fast unerreichte Höhe erklommen.

Fünzigstes Kapitel.

Am nächsten Morgen noch vor dem Frühstück war Herr Timm abgereist. Er hatte den Baron gebeten, ihn bis nach W., dem nächsten Städtchen fahren zu lassen, von dort wolle er Extrapost nehmen.

Der Tod der alten Frau war für Oswald ein neuer Schlag.

Es war, als ob sein verdüstertes Gemüt nicht zur Ruhe kommen, als ob an seinem Himmel der letzte helle Streifen verschwinden, und gänzliche Nacht ihn umgeben sollte! Er hatte Mutter Clausen nur selten gesehen, aber es war jedesmal unter so eigentümlichen Verhältnissen gewesen; er hatte jedesmal einen so tiefen, ja erschütternden Eindruck von diesen Begegnungen davongetragen, daß

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

140

(Fortsetzung.)

Jetzt nur um Himmelswillen keine mitleidige Seele bei der Kranken in der Stube, murmelte Albert, leise die Tür, die zu dem Stübchen der Alten führte, aufdrückend. Er trat auf den Fußspitzen ein. Es dunkelte schon in dem niedrigen engen Raum. Alberts erster Blick fiel auf die große Lade, die noch wie damals in der Ecke stand; sein zweiter auf die Gestalt der Alten. Sie saß auf dem großen Rehnstuhl, „in welchem Baron Oskar gestorben war“.

„Bist du es, Junker?“ sagte sie mit zitternder Stimme, und sie hob das Haupt mit dem schneeweißen Haar empor und blickte nach der Tür. Tritt näher — ganz nahe, daß ich dich mit der Hand berühren kann. Wo bist du? Es ist dunkel um mich her, ich sehe dich nicht. Scheint nicht der Mond durch die Wanne? Hörst du, wie die Nachtigall singt? Hörst! wie süß wie schön! Oskar, du darfst die Dose nicht verlassen; sie weint sich sonst die alten Augen aus. Und dem Harald mußt du sagen: daß er die arme Marie nicht so quält. Sonst muß sie hinaus in die wilde Nacht. Leb' wohl, liebes Kind! Ja, ja, ich will Alles verbrennen; es liegt sicher in der Lade. Mutter Clausen kann nicht lesen; es kommt der Rechte schon zur rechten Zeit.

Der Kopf der Sterbenden sank herab auf die Brust. Albert glaubte sie tot. Er trat an die Lade, hob den schweren Deckel und durchwühlte hastig und doch methodisch genau den Inhalt. Es lagen Frauenkleider darin, die nicht der Mutter Clausen gehört haben konnten, städtische Kleider, wie sie junge Mädchen vor fünfundsiebzig Jahren trugen; verwelkte Blumensträuße, verblühtene

Wänder, ein paar einfache Schmuckfächer: ein Band von roten Korallen, ein kleines goldenes Kreuz an einem schwarzen Sammetbande. Das alles mochte für einen Andern von hohem Interesse sein, aber für Albert hatte es nicht das mindeste. Er wurde ungeduldig, als er, ein Stück nach dem andern herausnehmend, nichts von dem fand, was er suchte. Endlich — da! auf dem Boden des Koffers, in der Ecke, unter einer schwarzseidenen Robe versteckt — ein ziemlich bedeutendes Paket — Briefe, Papiere — das war's! — Er ließ es in die Tasche seines Rockes gleiten; er nahm mit den beiden Armen, was er auf dem Koffer genommen hatte, stopfte es hinein, so gut es gehen wollte, drückte den Deckel wieder zu — und, wie er sich jetzt von den Knien aufrichtete, waren das nicht Schritte, die eilig näher kamen? Im Nu war er an dem Fensterchen, das von der Stube aus in das Gärtchen hinter dem Hause führte. Er riß es auf, er zwängte sich mit einer Schnelligkeit hindurch, die dem gewandtesten Gannar zu hoher Ehre gereicht haben würde; froh auf allen Vieren durch die Johannisbeerbüschel, sprang über den niedrigen Zaun und war im nächsten Augenblick in den goldenen Bogen eines Roggenfeldes verschwunden.

Als Albert seinen Rückzug durch das Fenster eben bewerkstelligt hatte, trat Oswald, atemlos von seinem raschen Lauf, in das Zimmer. Er glaubte schon zu spät zu kommen, er kniete neben der Alten nieder und nahm ihre welken, erkalteten Hände in die seinen.

Und diese Berührung schien die Sterbende noch einmal zum Leben zu erwecken. Sie richtete sich gerade auf und sagte, dem vor ihr Knien den Hände aufs Haupt legend, mit einer Stimme, die schon von jenseits des Grabes herüberzutönen schien: Der Herr segne und behüte dich! der Herr gebe dir Frieden!

Amen! murmelte Oswald. Die Hände der Alten glitten sanft auf ihren Schoß. Oswald blickte empor. Der Schein der untergehenden Sonne fiel durch das niedrige Fenster; das Antlitz der Alten war wie verklärt in dem rosen Licht. Aber das rosige Licht verblühte; und der graue Abend schaute herein auf das bleiche Antlitz einer Toten.

un... ge... W... ho... sic... ba... de... Be... 3... lat... die... hie... über... alle... feh... ne... die... zu... tra... de... Ci... D... Dr... Jah... Nag... stig... den... K... nam... 11... Bü... So... der... Steu... fähig... anla... Aber... ung... Fabr... zahl... bei... Zeit... besse... wir... den... Regie... stener... der... Leis... die... sah... staate... Reich... Einn... ist ni... täusch... un g... hang... und... die... vielen... reform... berrm...

und Trug und die Sozialdemokratie hat recht behalten. Vergeblich hat die Zentrumspreffe versucht, die Wähler für die Brotverteuerung verantwortlich zu machen. Die unglaublich hohen Getreidepreise, wie sie nur in Deutschland bestehen, widerlegen auch dieses Schwindelmandver. Die Wähler haben bei den niederen Mehlpreisen mehr verdient, als heute bei den horrend hohen Mehlpreisen. Es bleibt dabei, daß diese Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel die Folge der Sozialwucherpolitik ist. Das sehen auch nachgerade die katholischen Arbeiter ein. Herr Bieber, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, hat diese Tatsache in einer hier stattgefundenen Versammlung bestätigt. Die Erkenntnis über die Politik des Humbugs, wie sie das Zentrum mit den katholischen Arbeitern getrieben hat, bricht sich allgemach Bahn, allen Demagogenkünsten der Zentrumspreffe zum Trotz. Jetzt fehlen nur noch die vom Zentrum neuerdings beauftragten neuen indirekten Steuern, um das Maß der Verräterei, die das Zentrum an den Volksmassen verübt, zum Ueberlaufen zu bringen.

Der landständische Ausschuss

trat am Samstag im Finanzministerium zur Prüfung der Rechnungen der Amortisationskasse, Eisenbahnschuldentilgungskasse und des Domänengrundstocks zusammen. Finanzminister Dr. Gossell gab bei Vorlage der Rechnungen für das Jahr 1908 weitere Erläuterungen und Aufschlüsse über die Lage der allgemeinen Staatsverwaltung, welche kein günstiges Bild der Finanzlagen ergaben. Dessen Mittelteilungen werden in der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht werden. Zu Berichterstattern wurden Geh. Kommerzienrat Kölle und die Abg. Wildens und Giesler ernannt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Juni.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Am Bundesstatistische sind erschienen: Reichszentraler Fürst Bülow, die Staatssekretäre Sydow und v. Bethmann-Sollweg und Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Finanzreform.

Frühlicher Finanzminister v. Rheinbaben: Unsere ganze Steuererhebung in allen Staaten will die minder Leistungsfähigen schonen. Ferner wird in jedem Fall, wo bei der Veranlagung gegen die Gesetze verstoßen wird, Abhilfe geschaffen. Aber gerade die von der Presse angezogenen Fälle über Verletzung der Gesetze bei der Veranlagung sind unrichtig. Wenn Fabrikanten öfters in einem Jahre keine Einkommensteuer zahlen, weil die Industrie mit Verlust arbeitet, oder Landwirte bei Mähernten, so darf man dabei nicht stets auf Unaufrichtigkeit bei der Veranlagung schließen. Wir streben stets nach Verbesserung des jetzigen Systems.

Abg. Bruhn (Reform.): Mit der Erbschaftsteuer können wir uns einverstanden erklären. Die Rotierungssteuer würde den Mittelstand nicht treffen.

Wirt. Finanzminister v. Gossler: Die württembergische Regierung tritt mit besonderem Nachdruck für die Erbschaftsteuer ein. Sie hielt es stets für nötig, daß ein erheblicher Teil der Reichseinnahmen durch eine den gesamten Besitz nach seiner Leistungsfähigkeit belastende Steuer aufgebracht wird, wie es die Erbschaftsteuer sein würde. Wir halten an dem Grundsatz fest, daß die direkten Steuern in der Hauptsache den Einzelstaaten bleiben müssen. Wir sind im Grundsatze gegen eine Reichsvermögenssteuer. Die Veranlagung auf das Gefühl wegen Einmischung der Steuerbehörde im Augenblick des Todesalles ist nicht am Platze.

Abg. v. Bayer (südd. Volksp.): Es herrscht allgemeine Enttäuschung im Reich, weil die bisherigen Verhandlungen nicht die geringste Klärung über die Finanzreform brachten. Keine Engagements werden konservative und Zentrum hindern, die Regierung bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer vor die Kraftprobe zu stellen. Trotz der vielen Millionen wird das Reich jetzt ebenso wenig seine Finanzreform bekommen wie vor einigen Jahren. Die Steuer auf Feuerversicherungspolizen ist höchst ungerecht. Eine Reichsvermögenssteuer ist die beste Besteuer. Der Volk hat uns

von dem Vorwurf der Negation befreit und uns die Erklärung des Reichszentralers gebracht, daß ohne die Liberalen nicht regiert werden könne. Treten Konservative und Klerikale zusammen, so haben alle anderen die dringendste Veranlassung, ganz allgemein in allen Fragen auf ihrer Hut zu sein.

Darauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Erbschaftsteuer der Regierung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen und sodann einstimmig Kommissionsberatung beschlossen.

Es folgte die 2. Beratung der ursprünglichen Regierungsvorlage über Änderungen im Finanzwesen. Zur Geschäftsordnung liegen zwei Anträge vor.

Abg. Wassermann (natl.) beantragt: Die von der Kommission vorgeschlagenen Erbschaftsteuern sind Initiativgesetzentwürfe und nunmehr in 1. Lesung besonders zu beraten.

Abg. Singer (Soz.) beantragt, diesen Teil von der heutigen Tagesordnung abzuschieben.

Abg. Wassermann (natl.) begründet seinen Antrag. Angesichts der klaren Formulierung der Geschäftsordnung, angelehnt an die gesetzgeberische Tätigkeit überhaupt bitte ich festzuhalten an dreimaligen Beratung aller Gesetzesentwürfe, auch solcher, die in der Kommission entstehen.

Abg. Singer begründet seinen Antrag. Die Fristen, die für die Behandlung von Initiativanträgen festgesetzt sind, müssen eingehalten werden. Nach der Geschäftsordnung kommen sie in der Reihenfolge, wie sie eingebracht sind, zur Verhandlung.

Abg. Frhr. v. Nostorff (kons.): Ich bin mir wohl bewußt, daß die Geschäftsordnung zum Schutz der Minderheit da ist. Erhebt sich Widerspruch, so ist die Entscheidung schließlich vom Plenum, bzw. von der Kommission zu treffen. (Widerspruch links. Aufse: Etwas ganz neues!) In der Kommission haben aber die Widersprechenden ihren Widerspruch gar nicht begründet. Von einem Bruch der Geschäftsordnung kann gar keine Rede sein.

Abg. Müller-Meinungen (frei. Volksp.): Nach den Ausführungen des Vorredners könnte man alle möglichen Materien, auch das Wahlrecht, mit der Finanzreform verquiden. (Sehr richtig! links.) Es muß ein innerer Zusammenhang bestehen. Das Zweckmäßigste wäre, die heutige Sitzung abzubrechen. Es handelt sich um den Schutz der Minderheit des Parlaments. Wir stimmen für den Antrag Singer und in zweiter Linie für den Antrag Wassermann.

Abg. Frhr. v. Camp (Rp.): Wir halten das Vorgehen der Kommission für richtig und wünschen, daß die Anträge der dreifachen Plenumberatung unterworfen werden und werden für den Antrag Wassermann stimmen.

Abg. Spahn (Zentr.): Seinerzeit ist auch die Frankensteinische Klausel ohne Beanstandung von der Kommission mit der damit geschaffenen Verfassungsänderung ins Plenum gebracht worden. Auch die Rotierungssteuer ist ohne Widerspruch erledigt worden. Wir lehnen die Anträge ab.

Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Singer gegen die Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Beim Antrag Wassermann bleibt die Abstimmung zweifelhaft. Es ist Sammelsprung notwendig. Der Antrag wurde mit 186 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also dabei über die Kommissionsbeschlüsse mit der ursprünglichen Regierungsvorlage in zweiter Lesung verhandelt wird.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird zunächst über die Rotierungssteuer verhandelt.

Abg. Graf Westarp (kons.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Abg. Weber (natl.): Durch die Rotierungssteuer würde die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands aufgehalten werden. Wir hoffen, daß der Hanjand sich zu einer machtvollen Organisation gestalten möge.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag 2 UH vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Stelle eines Redakteurs für die „Holzarbeiterzeitung“ wird in der letzten Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ ausgeschrieben. Der neue Redakteur, durch den Tod des Genossen Weinhart notwendig geworden, soll die Redaktion des „Nachblatt für Holzarbeiter“ mitübernehmen. Der Stellenantritt wird baldigt gewünscht. Das Anfangsgehalt beträgt 2400 Mk., steigend jährlich um 120 Mk. bis zum Höchstfah von 3000 Mk. Weiterungen können bis zum 10. Juli an den Verbandsvorstand eingereicht werden.

Der bayerischen Spiegelglasarbeiter, die, um eine in den letzten Jahren nach und nach eingetretene bedeutende Lohnföhrung und eine neuerdings wieder vorgenommene Lohnverschlechterung wieder weit zu machen, vor mehreren Wochen in den Ausstand getreten sind und damit eine 30prozentige Lohnforderung verbunden haben, werden nun vom christlichen Keramarbeiterverband, dem die meisten angehören, e lend im Stich gelassen. Vor vierzehn Tagen noch haben die christlichen Bezirksleiter die Arbeiter zum Aushalten aufgefordert und nun, nachdem anscheinend kein Geld mehr in der christlichen Kasse ist, donnen die christlichen Führer in den Versammlungen der Streikenden, der Streik müsse aufgehoben werden, denn die Lohnforderungen seien unberechtigt. Die christlichen Arbeiter werden nun an ihren Führern irre und holen sich Rat bei den Sozials!

Ueber die Dauer der Mitgliedschaft hat der Holzarbeiterverband eine nicht uninteressante Aufstellung gemacht. Diese statistische Zusammenstellung geschah anlässlich der Ausstellung von Erbschaftbüchern für solche Mitglieder, die dem Verbands 8 Jahre und länger angehören. Da der Verband am Jahresabschluss 144 259 Mitglieder zählte und 27 229 Erbschaftbücher ausgestellt werden mußten, so waren demnach 18,9 Proz. der Mitglieder 8 Jahre und länger organisiert. Im Jahre 1901 zählte der Verband 67 341 Mitglieder, demnach sind 40,4 Proz. der Mitglieder, die dem Verband damals angehörten, ihm auch treu geblieben. Bis zu 8 Jahren gehörten dem Verbands 81,1 Proz., an 8 bis 10 Jahre 9 Proz., 10 bis 15 Jahre 7,5 Proz., 15 bis 20 Jahre 2 Proz. und 20 bis 25 Jahre 0,4 Proz. Länger als 25 Jahre gehörten dem Verbands 26 Mitglieder an, deren Namen auf einer Ehrentafel als Veteranen des Verbandes im Verbandsorgan aufgeführt sind. Die Drecksler stellen den höchsten Prozentjah der älteren Mitglieder mit einer Mitgliedschaftsdauer über 8 Jahre. Von den 4769 Dreckslern im Verband sind 26,7 Prozent länger als 8 Jahre organisiert. Dann folgen die Tischler mit 24,8 Proz., die Parkettischler mit 23,1 Proz., die Korbmacher mit 20,9 Proz. und die Knopfmacher mit 19,4 Proz. Alle anderen Branchen bleiben hinter dem Gesamtabschnitt von 18,9 Prozent zurück.

Die Fluktuation der Mitglieder ist 25,4 Proz., immer noch eine hohe; sie ist aber bei weitem nicht so hoch wie früher, wo sie 50 Proz. und mehr betraf. Ein gutes Zeichen für ein tieferes Erfassen des Organisationsgebantens unter den Arbeitern!

Die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften nimmt zu. Nach Ueberwindung der Krise ist nun wieder ein Steigen der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften zu beobachten. So berichtet der „Zimmerer“, daß sich im Verlaufe von 12 Wochen seine Auflage von 56 500 auf 61 300 Exemplare vermehrt hat. Dementsprechend wird sich die Zahl der Verbandsmitglieder auch erhöht haben.

Der Buchdruckerverband

kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken, ihm hat das Krisenjahr 1908 keinen Abbruch in seiner organisatorischen Fortentwicklung getan. Die Gesamtmitgliederzahl im Jahre 1908 betrug 2786, das sind genau um 100 Mitglieder weniger, als der Gutenbergsbund in 15 Jahren seiner Tätigkeit Mitglieder zusammengebracht. In den drei vorausgegangenen Jahren betrug die Mitgliederzunahme allerdings je rund 4000, die geringere Zunahme wird jedoch darauf zurückgeführt, daß die Zahl der organisationsfähigen Gehilfen immer geringer wird, da der Verband mit Ausnahme der Neuauslernenden fast alle für ihn brauchbaren Gehilfen bereits seinen Reihen zugeführt hat. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 56 325. Nahe die Hälfte sämtlicher Mitglieder, nämlich 28 000, waren in den vier Gauen Berlin, Rheinland-Westfalen, Leipzig und Bayern vorhanden. Die Mitglieder verteilen sich auf 1540 Orte. Auch auf tariflichem Gebiete sind weitere erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Im Berichtsjahre wurden 6611 tariffreie Firmen mit 57 211 Gehilfen an 1942 Orten gezählt. Für eine große Anzahl von Druckorten gelangten am Jahresabschluss neue oder erhöhte Lokalaufschläge zur Einführung. Das weitere Vordringen der Maschine im Setzergerwerbe war ein unauffhaltsames. Am 1. Januar 1909 waren in Deutschland vorhanden (die in Klammern gefetzten Ziffern geben das Verhältnis aus dem vorhergegangenen Jahre wieder): 1199 Linotypen (1041), 339 Monolines (300), 763 Typographen (631), zusammen 2301 Zeilengießmaschinen (1972), sowie 227 Monotypetafeln (17) und 142 Monotypgießmaschinen (106). In diesen Maschinen waren etwa 3625 Gehilfen (3174) ständig bzw. nur zeitweise beschäftigt. Dazu kommen noch die technischen Verbesserungen und die dadurch gesteigerte Leistungsfähigkeit an den verschiedenen Systemen der Zeilengießmaschinen. Das Schriftgiebgerwerbe wird durch die Verbreitung der Setzmaschinen empfindlich in Mitleidenschaft gezogen, ja diese machen sich für das gesamte Gewerbe gerabegu zu einer Kalamität aus.

Die wirtschaftlich gedrückte Lage kommt allerdings in den gesteigerten Ausgaben für Unterstükungen sichtbar zum Ausdruck. Für Arbeitslosenunterstükung am Orte wurden 706 821 Mark (1907: 142 671 Mk.), an Reiseunterstükung 178 964 Mk. (1907: 142 671 Mk.) gezahlt.

Nach einem Saldovortrage von 7 008 435 Mk. für das neue Geschäftsjahr ergibt sich ein Ueberstüß von 746 345 Mk. (1907: 1 044 677 Mk.). Die Gesamteinnahmen betragen 9 419 249 Mk. rund 100 000 Mk. mehr als im Vorjahre. Das Gesamtvermögen beträgt 9 689 442 Mk. Die Auflage des Verbandsorgans betrug 41 000 Exemplare, 1000 mehr als im Vorjahre.

Psullendorf. Man schreibt uns: Am 16. Mai brachten Sie einen Artikel aus Psullendorf, betreffend „fromme Behandlung“ meiner Gefellen und Lehrlinge. Der Artikel enthält verhängene Unrichtigkeiten und Entstellungen. Der Dreiermeister wurde nicht von mir angepöndelt, weil er sich Trinkwasser holte, Gerstner machte sich an einem städtischen Hydranten zu schaffen, dessen Öffnen jedem Unbefugten strengstens verboten ist. Ich habe Gerstner nicht beschimpft, dagegen gefunden, daß er seine Arbeit nicht gut machte. Seine sämtlichen Arbeiten mußten weggerissen werden. Ich habe ihn allerdings fortgejagt, aber mit Recht. Beschlagen habe ich ihn nicht, das hätte sich Gerstner auch wahrscheinlich nicht gefallen lassen. Die Sache wurde vor dem Bürgermeisteramt verhandelt, wo Gerstner erklärte, daß er zu Recht entlassen worden sei und zwar nicht nur wegen eines, sondern wegen fünf Fällen. Was die „Ausbeutung“ der Lehrlinge betrifft, so hat bisher die Behörde es an der Aufficht

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Hoftheater Karlsruhe. Das Hoftheater knüpfte am Samstag die schönste entente cordiale. In holdster Eintracht, gerade wie wenns nie anders gewesen wäre, spazierten England, Frankreich und Deutschland Arm in Arm verschlungen auf untern Brettern umher und führten ihre Späße auf. In der Kunst verschmelzen eben die Klassengegenjäge, wer am besten lachen oder weinen zu machen versteht, der ist der Mann. Schams pikantes Moralstüchchen „Wie er ihren Mann belog“ und Sudermanns „Derne Prinzessin“ (aus den „Hofen“-Einaktern) haben in voriger Saison ihre vorchriftsmäßigen Drei WGAufführungen erlebt, viel dauerhafter ist ja ihr Lebensfaden nicht, dennoch darf man gelegentliche Wiederholungen dankbar begrüßen. Schier, mehr den Stempel der Wahrheit tragend, daher aber auch faktatischer ist die Courtelinische Komödie „Der gemütliche Kommissär“, eine groteske Satire gegen das vor Autorität aufgeblasene Polizeibeamtentum. Wilh. Wassermann war hier der Musterthypus eines in seiner Wichtigkeit und Borniertheit höchst beufügig wirkenden Vertreters der öffentlichen Ordnung und Sittte. In dem Schwanen Stück zeigte sich Frau Ermahl wieder als charmanter Darstellerin; sie spielte die elegante Mondäne, mit einem Zug ins Pilante, aber auch mit wärmeren Herzenstönen äußerst fein. Weber besitzt sie wohl in Herrn Herz, nicht aber in Herrn Kroones, einen eberbürtigen Parmer. In der „fernen Prinzessin“ gab diesmal Frä. Alwine Müller die Rolle der Prinzessin, liebenswürdig und einfach, am Schluß mit einem Tropfen Sentimentalität anstatt leiser Behmut. Hier war übrigens Herr Kroones als Student Strübel in einer gar nicht zu überbietenden Natürlichkeit, voll überprudelnder Laune, sehr am Platze. Kon den in den übrigen und kleineren Rollen beschäftigten Künftlern ist viel Gutes geschaffen worden. Auch die Regie hat Anspruch auf Lob. L.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 21. Juni. A. 68. „Geographie und Liebe“. Lustspiel in 3 Akten von Hjördisjerne Nörison. Anfang 1/8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

(Fortsetzung folgt.)

nicht fehlen lassen, aber zum Einschreiten gegen mich hatte sie keinen Anlaß bekommen. Ich habe Gerechtigkeit in jeder Beziehung geholt; zum Dank dafür suchte er mich in der Öffentlichkeit zu verdächtigen. Dies zur Steuer der Wahrheit. G. Feischer, Schreinermeister.

Kommunalpolitik.

Die Gemeinden als Musterarbeitgeber. Der Stadtmagistrat Augsburg sucht einen Bürobeamten, der gebieterischer Unteroffizier sein und schöne flüchtige Handschrift haben muß und 2,20 M. Tagelohn erhalten soll!

Soziale Rundschau.

Die Hinterbliebenen-Versicherung soll bekanntlich am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Es erscheint aber als vollständig ausgeschlossen, denn bis jetzt ist dem Reichstage die neue Reichsversicherungsordnung noch nicht zugegangen. Nach § 15 des Volltarifgesetzes sollen, wenn das jetzt in die Reichsversicherungsordnung hineingearbeitete Gesetz nicht bis zum genannten Tage in Kraft getreten ist, von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge aus bestimmten landwirtschaftlichen Zöllen den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgetragenen Versicherungsbeiträge zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten überwiesen werden. Die am 1. Januar 1910 vorhandenen Zinsen müßten also, falls der § 15 unverändert gelassen würde, den Invalidenversicherungsanstalten ausgeschüttet werden, und, was die Hauptsache ist, diese müßten die Hinterbliebenenversorgung auf diese oder jene Weise in die Hand nehmen. Es würde also das, was durch das Hinterbliebenenversicherungsgesetz veräußert werden soll, gerade hervorgegriffen werden.

Die Berliner Politischen Nachrichten bemerken hierzu: Bei einer solchen Sachlage ist es ziemlich gewiß, daß ein Notgesetz erlassen werden wird, das eine entsprechende Aenderung des § 15 des Volltarifgesetzes vornimmt. Man wird daher mit ziemlicher Sicherheit auf die Einbringung eines solchen Notgesetzes beim Reichstage gleichzeitig mit oder gar vor der Reichsversicherungsordnung im Herbst des laufenden Jahres zu rechnen haben.

Badische Chronik.

Offenburg.

Am 3., 4. und 5. Juli findet dahier das 50jährige Stiftungsfest der Freiwilligen Feuerwehr, verbunden mit Kreisfeuerwehrtag, statt.

Waldshut.

Bauverein. Der kürzlich gegründete Bauverein, der nun schon über hundert Mitglieder zählt, hat im Gurtweilertal 11 886 Quadratmeter Baugelände um den Preis von 18 000 Mark erworben und wird demnächst mit dem Bau von drei Doppelwohnhäusern beginnen. Es sollen zunächst 9 Dreizimmer- und 3 Vierzimmerwohnungen erstellt werden.

Erkingen, 20. Juni. Die Vermutung, daß der kürzlich hier entstandene Brand, dem zwei Wohnhäuser und mehrere Scheunen zum Opfer fielen, auf Brandstiftung zurückzuführen ist, hat sich bestätigt. Als Täter wurde der 19 Jahre alte Goldschmied Seiblerlich verhaftet. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Ueberlingen, 20. Juni. In der Nacht wurde in Neustadt die 23 Jahre alte Rosa Endreß von da als Leiche gefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß das Mädchen ermordeet worden war. Als der Tat dringend verdächtig wurde der Dienstknecht Kienberger, der frühere Liebhaber des Mädchens, verhaftet und in das hiesige Amtsgefängnis verbracht.

Aus Freiburg.

Freiburg, 21. Juni.

Volkerversammlung im Feiertagssaal.

Der Saal war gedrängt voll und viele mußten noch einem Stehplatz vorlieb nehmen. Politische Gegner waren nur sehr wenig vertreten, es ist deshalb um so erfreulicher, daß unsere Anhänger recht zahlreich erschienen sind. Die Rede des Genossen Kolb erzielte eine ausgezeichnete Wirkung. Wir werden auf ihren Inhalt morgen zurückkommen.

In der Diskussion meldete sich kein Gegner zum Wort. Der Vorsitzende und Genosse Engler richteten an die Versammlung noch aufmunternde Worte. Der Erfolg der Versammlung war ein guter. Eine Reihe von Abonnenten für den „Volkfreund“ und Mitglieder für den Wahlverein wurden gewonnen.

Die Versammlungen in Emmendingen und Waldshut, wo Genosse Kolb ebenfalls sprach, waren gut besucht. Wir möchten aber von dieser Stelle aus nochmals dringend an die Genossen appellieren, nicht zu erlahmen in der Agitation, damit im Herbst, wenn die Stimmen gezählt werden, den Gegnern die Luft vergeht, über den Rückgang der Sozialdemokratie zu spotten.

Nochmals die „Freisgauer Zeitung“

In der letzten Dienstagsnummer beschäftigten wir uns mit der „Freisgauer Zeitung“ wegen ihrer Stellung zu den Steuern, wie sie jetzt dem Reichstag vorliegen. Wir wiesen darauf hin, daß dieses Blatt sogar Äußerungen von konservativen Leuten zitiert, um zu beweisen, daß die nationalliberale Fraktion im Unrecht ist. Nun ist es doch sicher eigentümlich, wenn ein Parteiblatt gerade im Moment der Entscheidung gegen die eigene Fraktion losgeht. Doch das mögen die Liberalen unter sich ausmachen.

Wenn aber die „Freisgauer Zeitung“ heute die Sache so darstellt, als ob wir in sachlicher Beziehung die Unwahrheit behauptet hätten, so weisen wir das entschieden zurück. Zunächst bestreitet die „Freisg. Ztg.“, daß sie für Einfuhrzölle auf Rohstoffe sei. Das ist aber gar nicht behauptet worden. Wohl aber hat sich die „Freisg. Ztg.“ außer für den Kohlenausfuhrzoll auch für Einfuhrzölle auf andere Rohstoffe ausgesprochen. Der betreffende Satz lautet:

„Und wenn der Ausfuhrpolitik des Kohlenhandels, der Rohstoffverhältnisse, die dem Inland teuer und dem Ausland billig liefern, durch einen Ausfuhrzoll Schwanken gezogen wer-

den, so sehen wir nicht ein, warum die liberale Partei hindernd dazwischen treten soll.“

Wenn dieser Satz einen Sinn haben soll, dann kann es doch nur der sein, daß man auch für Rohstoffe Einfuhrzölle schaffen soll. Dann behauptet die „Freisgauerin“, von einem Umfall in der Erbschaftsteuerfrage könne keine Rede sein, da sie sich für diese Steuer ausgesprochen habe. Wir haben auch nicht geschrieben, daß dieser Umfall schon vollzogen sei, sondern daß er sich wahrscheinlich vollziehen werde und wer die Steuerzuschläge der Konservativen soweit wie die „Freisg. Ztg.“ akzeptiert, der ebnet der Ablehnung der Erbschaftsteuer die Wege.

Wenn dann die „Freisg. Ztg.“ meint, wir seien gornig, daß sie auch nach links hin ihre Unabhängigkeit betont, so können wir ihr verraten, daß ihre Leistungen gerade in letzter Zeit bei uns etwas anderes als Gorn ausgelöst haben. Von Selbständigkeit haben wir nicht viel bemerkt, in gar keiner Beziehung. Eine Redaktion, die ihre Meinung immer nur im Anschluß an die eines anderen äußert, bekundet damit wenig Selbständigkeit in geistiger Beziehung, und von einer politischen Selbständigkeit nach rechts kann man in letzter Zeit erst recht nichts entdecken. Wenn die Nationalliberalen glauben, durch ein Einschwenken in das reaktionäre Fahrwasser der Konservativen mehr Stimmen zu angeln, so mögen sie die Probe auf das Exempel machen. Eine Partei aber, die sich das Programm der „Freisgauer Zeitung“ zu eigen macht, ist eben nur noch dem Namen nach liberal und wir werden uns erlauben, dieses Programm in das richtige Licht zu setzen.

In der letzten Gewerbegerichtssitzung

wurde ein Fall verhandelt, in welchem der Tagelöhner Hermann Trischler von dem Bauunternehmer Gustav Holzwarth rückständigen Lohn verlangte. Die Lohnforderung wurde von dem Arbeitgeber anerkannt, er wollte aber auch das Geld für Bier und Spewaren, welche der Kläger in zwei Tagen bezog, in Abzug bringen. Der Tagelöhner gab zu, daß er in zwei Tagen 19 Flaschen Bier getrunken habe, der Arbeitgeber hatte noch etwas mehr aufgeschrieben. Der Vorsitzende schenkte den Angaben des Arbeitgebers, daß er bezog, sein Vorarbeiter 16 Pf. für die Flasche bezahle und daß bei einem Preisausschlag von einem Pfennig zu einem Gewinn keine Rede sein könne, Glauben und hielt den Abzug für berechtigt. Der Arbeiter war schließlich damit einverstanden.

Wenn man auch wohl damit einverstanden ist, daß ein Mann, der pro Arbeitsstunde eine Flasche Bier trinkt, das Bier auch bezahlt, so halten wir es doch nicht für richtig, daß am Lohn ein Betrag in Abzug gebracht wird, welchen ein Vorarbeiter zu erhalten hat. Dann sollte man doch auch auf dem Gewerbegericht wissen, daß kein Maurermeister und kein Maurerpoller das Biertrinken in dem Maße duldet, wenn er nicht Nutzen davon hat. Der Unternehmer sagte selber, daß er aus Geschäftsrücksichten das Bier aus der Feiertagsbrauerei bezog. Das Bezirksamt verbietet die Abgabe von Bier auf Kredit und das Gewerbegericht gestattet den Lohnabzug. Der frühere Vorsitzende Dr. Thoma hat in solchen Fällen den Abzug rundweg abgelehnt. In einer ministeriellen Verordnung ist auch die Abgabe von alkoholischen Getränken außer den üblichen Pausen auf den Bauplätzen verboten; diesem Arbeiter hat aber der Kaiser jederzeit Bier verabreicht, sicherlich nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern weil er den Nutzen davon hat. Auch der Unternehmer dürfte nicht ganz unbeteiligt an dem Nutzen sein. In solchen Fällen sollte die Baupolizei rücksichtslos vorgehen, damit nicht wieder der alte Zustand auf den Bauplätzen eintritt, wo der Maurerpoller das Bier hat, und wo sich nur der Arbeiter halten kann, der ein großes Quantum trinkt.

Eine eigentümliche Auffassung bekundete der Vorsitzende auch in Bezug auf die Tarifverträge. Der Arbeitgeber meinte, daß er den Arbeiter wegen kündigungswilligen Verlaßens der Arbeit verklagen könnte, der Arbeiter wies auf den Tarif hin, in welchem Kündigung für das Baugewerbe ausgeschlossen ist. Darauf erwiderte der Vorsitzende, daß, wenn es nicht angeht, er eben doch die 14tägige Kündigung gelte.

Ein Arbeiter, welcher bei der Firma Mez beschäftigt war, klagte wegen kündigungswilliger Entlassung. Bei der Firma kann die Kündigung nur am Sonntag erfolgen. Der Arbeiter war am Sonntag etwas früher fortgegangen. Die Firma schickte ihm einen Brief. Als der Brief ankam, war der Arbeiter nicht zu Hause. Die Hausfrau verweigerte abends um 9 Uhr die Annahme. Der Arbeiter erhielt also den Brief nicht und betrat somit die Meinung, daß ihm nicht rechtmäßig gekündigt sei. Das Gericht nahm die Kündigung als richtig an. Um 9 Uhr abends dürfe man die Annahme von Briefen nicht verweigern. Die Firma hätte alles getan, um die Kündigung rechtzeitig zur Kenntnis des Klägers zu bringen. Der Kläger sei auch erst von 4 Uhr ab beurlaubt gewesen und sei aber schon früher fortgegangen, sodaß eine mündliche Kündigung nicht möglich war.

Kolosseum. Wieder hat unser Variete auf 14 Tage seine Pforten geöffnet und zwar mit einem Programm, welches sich sehen lassen kann. Welche Sympathie dieses besitzt, bewies gleich am ersten Abend der zahlreiche Besuch. Sehr beifällig wurde die Vorstellung von 10-12 kleinen Maltseferhündchen aufgenommen, ebenso La Melania als spanische Tänzerin. Als dritte Nummer erscheint Henry Samson, hier nicht unbekannt, als Dichter auf der Bühne. Derjelbe erfreut sich eines Bombenerfolges vom Anfang bis zum Schluß. Wer sich einmal so recht vom Herzen auslachen will, mag sich mal ins Kolosseum begeben. Die Kantons als Schmeuderbreit-Akrobaten sind einfach großartig. Dieselben ernten aber auch rauschenden Beifall. Den Hauptanziehungspunkt des Abends bildet unstreitig der Ringkampf. Sind doch die berühmtesten Namen vertreten, die des allgemeinen Interesses nicht entbehren. Lobend sei noch der Kinematograph und die vortreffliche Hauskapelle erwähnt.

Neues vom Tage.

Einen Zivilisten zum Krüppel geschlagen.

Vom Kriegsgericht in Straßburg wurde der Sergeant Resseharbt vom Infanterie-Regiment Nr. 9 unter Annahme mildernder Umstände zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. R. hatte einen Zivilisten, ohne daß dieser ihm einen persönlichen Anlaß gab, mit dem linken Ende eines Villardstöckes derart auf den Kopf geschlagen, daß das Gehirn beschädigt und eine Blutung im Gehirn erzeugt wurde. Die Verletzung hatte eine Lähmung der rechten Körperhälfte zur Folge. Wohl hat sich sein Gesundheitszustand etwas gebessert, er wird aber nach dem Gutachten des Arztes dauernd erwerbsunfähig bleiben. Er ist am 31. Mai als dienstuntauglich mit Pension entlassen worden. Wer gibt aber nun dem armen Krüppel eine Pension?

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 21. Juni.

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion.

Vollständiges Erscheinen in der heutigen Bürgerausschussfraktion ist notwendig. Zugleich werden die Fraktionsmitglieder ersucht, sich um halb 5 Uhr im großen Saale des „Goldenen Adler“ einzufinden.

Weststadt-Wahlburg.

F. Die Parteigenossen und Volksfreundleser werden noch einmal auf die heute Abend im „Württembergischer Hof“ stattfindende Versammlung, in welcher Gen. Willmerferieren wird, aufmerksam gemacht. Parteigenossen der Weststadt! Erscheint vollzählig in dieser Versammlung!

Öffentliche Eisenbahnerversammlung.

Auf gestern Vormittag hat der Verband süddeutscher Eisenbahnarbeiter in das Apollotheater eine öffentliche Eisenbahnarbeiterversammlung einberufen, für welche drei Referate vorgelesen waren. Das erste Referat „Die neue Werkstättenlohnordnung und die Akkordarbeit“ hatte Gauleiter Gen. Schwall übernommen und entnahm wir demselben in der Hauptsache das folgende:

Die Eisenbahnarbeiter sind alle schwer enttäuscht worden. Nachdem die Landtagsabgeordneten dafür gesprochen haben, daß für die Eisenbahnarbeiter Verbesserungen eingeführt werden müßten und eintraten sollen, will man von Seiten der Regierung Aenderungen einführen, welche keine Verbesserungen bedeuten. Vor allem hat man auf die Akkordarbeit den „Verbesserungen“ Bezug genommen und wurde der Regierung eine Petition vom Landtage empfehlend überwiesen, in welcher Klipp und klar verlangt wird, daß die Regierung, im Zusammen mit den Arbeiterschüssen prüfen soll, inwieweit erneut Verbesserungen für die Eisenbahnarbeiter geschaffen werden können. Dem gegenüber wurde von der Regierung ein Entwurf der dritten Lohnordnung ausgearbeitet, der so schwer verständlich abgefaßt ist, daß daraus nicht zu ersehen ist, was die Arbeiter eigentlich zu bekommen haben. Wenn man den Entwurf näher studiert, so findet man, daß derselbe ganz erhebliche Verschlechterungen in sich birgt. Es wird zwar versucht, diese Verschlechterungen etwas schmalkhafter zu machen, indem die Regierung erklärt, daß die darin vorgesehenen Vorschriften nicht für die jetzigen Eisenbahnarbeiter in Kraft treten, sondern nur für die neuereintretenden. Man will vor allen Dingen die freie Akkordarbeit in den Werkstätten der Eisenbahn einführen, um so auf die, nach der Meinung der Regierung zu hohen Löhnen, beruhigend einwirken zu können. Daß dies der Fall ist, beweisen einige Vorgänge in einzelnen Werkstätten; z. B. in Heidelberg hat man die Arbeiter aufgefordert, sich daran zu halten, damit diese Arbeit außerordentlich rasch erledigt wird mit dem Versprechen, diese Arbeit würde mit dem vollen Akkord bezahlt. Bei dieser Arbeit brachte es ein Arbeiter auf 88 Prozent, und man weigerte sich zuerst, diesen verdienten Lohn auszusahlen. Bei der Auszahlung wurde jedoch bemerkt, daß für die Zukunft der Akkord herabgesetzt wird. Ein drastisches Beispiel, welches demerkt werden könnte, was für ein Weg die Regierung eingeschlagen denkt. Außerdem liegt es klar auf der Hand, daß die Regierung beabsichtigt, einen Keil in die Einheit der Eisenbahnarbeiter zu treiben, damit dieselben ihrer willkürlichen Herrschaft ausgeliefert sind. Die Eisenbahnarbeiter müssen es aber auch heute wieder auf das Entschiedenste ablehnen, ihre Knochen der Regierung zur Ausbeutung zur Verfügung zu stellen. Das geschieht jedoch mit der Einführung der Akkordarbeit. Die hier versammelten Eisenbahnarbeiter geben ihren Vertretern den Auftrag, am kommenden Dienstag bei der Beratung der neuen Lohnordnung, welche von Seiten des Verbandes der Regierung unterbreitet wurde, auf das Entschiedenste für die Forderungen der Eisenbahnarbeiter einzutreten.

Diese Aufforderung gilt aber auch jenen Vertretern, welche dem christlichen Verbands angehören. Die beiden Verbände haben sich geeinigt und werden geschlossen bei den diesjährigen Beratungen dastehen.

Die Versammlung gibt ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann und hat daher nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute im Apollo tagende, überaus stark besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung, nimmt Stellung zu den Aenderungsanträgen der Landtagsabgeordneten. Generaldirektion zur Werkstätten-Lohnordnung.

Die Versammlung ist erstaunt, nicht nur über die in den Aenderungsanträgen enthaltenen Verschlechterungen in Bezug auf Lohnverhältnisse, sondern insbesondere auch über die unpopuläre geradezu unverständliche Abfassung der Paragraphen. Die Versammlung bedauert auf das Lebhafteste, daß die große Generaldirektion in diesem Falle die Beschlüsse des Landtages nicht respektiert, und weiter an dem Akkordsystem festhalten will, während doch der Landtag einstimmig die in den Petitionen niedergelagten Forderungen der Arbeiter, der Regierung zur Berücksichtigung empfehlend überwiesen hat.

Das zweite Referat über „Die gegenwärtige Situation der Eisenbahnarbeiter“ hatte Genosse Landtagsabgeordneter Rohaupter übernommen. Der Referent betonte insbesondere, daß bei der Beurteilung der Lage der Eisenbahner sehr die Vertretung in den einzelnen Parlamenten ins Gewicht falle. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Einzellandtagen haben im günstigsten Falle schöne Worte für die Eisenbahnen, was am meisten vor den Wahlen zum Ausdruck kam; von Taten habe man jedoch herzlich wenig zu sehen bekommen. Erst von dem Zeitpunkt ab, wo der süddeutsche Eisenbahnerverband (das sind jetzt 10 Jahre), und die Arbeiter in den Landtagen durch wirkliche Arbeitervertreter mehr wie bisher zur Geltung kommen, wurden einige Verbesserungen für die Arbeiter erzielt. Wir sehen, daß die Vertreter des Kleinbürgertums wie die Vertreter der Kapitalisten und Agrarier alle einmütig sind in der Vertretung ihrer kapitalistischen Interessen, wenn für die Arbeiterschaft Verbesserungen erzielt und erstrebt werden sollen. Der Abgeordnete Genosse v. Vollmar habe einmal im bayerischen Landtage den kapitalistischen und agrarischen Vertretern entgegengehalten, daß man doch bedenken möge, daß es außer dem

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

Volksfreund. Unterhaltungsblatt zum

Leipzig (Zeitschrift) erschienen werden, der als Geschäftsstelle der Gesellschaft gewählt wurde, wohin auch Anfragen hinsichtlich der Geschäftsstelle Natur und Umgebungen zu richten sind.

Streifen durch Waffengewebe unterdrückt; seit damals wurde er jeder Arbeiterorganisation Hindernisse in den Weg zu legen. Ein Mitarbeiter der „Gazzetta del Popolo“ meißt an der

hungernden Vieh eine Masse Arbeiter gebe, welche durch die schlechte Konjunktur und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch hungern müsse. Von Seiten des Zentrums und den anderen bürgerlichen Vertretern versuchte man die Schuld auf die Arbeiter selbst zu wälzen. Man versuchte im bayerischen Landtage die Löhne deshalb niedrig zu halten, damit die Arbeiter vom Lande ihre Arbeitskraft nicht der Industrie zur Verfügung stellen. Gätten die Arbeiter, insbesondere die Eisenbahnarbeiter, warten wollen, bis durch die bürgerlichen Vertreter und die christlichen Organisationen etwas für sie getan worden wäre, dann hätten sie noch lange warten können. Ja, für die höheren Beamten da hat man Geld, aber für die Arbeiter, da bleibt gewöhnlich nichts mehr übrig. Es wurden durch unsere Organisation und die Arbeitervertreter in den Eingeladungen wohl Verbesserungen erreicht, aber noch lange nicht das, was wir angesichts der heutigen wirtschaftlichen Lage und der heutigen Lebensverhältnisse ein Recht hätten, zu fordern. Von großem Einfluß auf die süddeutschen Eisenbahnverhältnisse ist die Lage der Eisenbahner des größten deutschen Bundesstaates Preußen. Unsere Aufgabe ist es, und zwar die Aufgabe jedes einzelnen, dafür zu sorgen, daß unsere Organisationen immer mehr ausgebaut werden und in den Landtagen die Arbeiterkraft immer mehr durch wirkliche Arbeitervertreter, welche ihre Interessen wahrnimmt, vertreten wird; nur dann können die Verhältnisse so geschaffen werden, daß von einem wirklichen wahrnehmbaren Fortschritt die Rede sein kann.

Über Punkt 3 der Tagesordnung. Die rechtliche Stellung der Eisenbahnarbeiter. referierte Genosse Redakteur Rudolph aus Frankfurt: Er hob in seinem Referate hervor, daß die neue Gewerbeordnungs-Novelle auch für die Eisenbahnarbeiter keine Verbesserung bringe. Von den wenigen Verbesserungen, wenn man einmal von Verbesserungen reden wolle, seien die Eisenbahnarbeiter vollständig ausgeschlossen. Der Eisenbahnarbeiter sowie der untere Eisenbahnbeamte ist vollständig der Willkür seiner Vorgesetzten preisgegeben. Für sie bestehen rechtlich noch nicht einmal die Arbeiterschutzgesetze, da es der Gewerbeinspektion verboten ist, die Betriebsverhältnisse der Eisenbahnen zu betreten und so zu inspizieren. Ja, man nimmt den Eisenbahnern sogar das Recht, sich wirtschaftlichen Unternehmungen, wie den Konsumvereinen, anzuschließen. Genau so stehe es mit dem Gesetzentwurf für Arbeitskammern; hier fällt man die Eisenbahner ebenfalls rundweg aus. Über Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe für die Privatindustrie sein. Auch Genosse Rudolph betont, daß Preußen seinen Staatsarbeitern so reaktionär wie möglich entgegentritt und dies naturgemäß auf die anderen Staaten einwirkt. Anstatt, daß die Arbeiter und unteren Beamten ihr Hauptaugenmerk auf Rangabzeichen und Uniformierung legen, sollen sie sich zusammenschließen zum gemeinsamen Kampfe für die Interessen der Arbeiterschaft, sowie der unteren Beamten, denn beider Interessen sind die gleichen.

Den Referenten wurde für ihre sehr guten und sachlichen Ausführungen der ungeteilte Beifall der sehr gut besuchten Versammlung zuteil.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Rippman und Rudolph. Kollege Rippman behauptete, daß von dem am Dienstag, den 20. d. M., stattfindenden Besprechung die Maschinengehilfen und Wagenwärter ausgeschlossen sind. Mit mahnen den Worten, das Gehörte zu beherzigen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

3. Generalversammlung des Verbandes süddeutscher Eisenbahner.

Gestern nachmittags 4 Uhr nahmen im ApolloSaal die Verhandlungen des Verbandstages ihren Anfang. Gaudel Schwall-Karlsruhe begrüßte die erschienenen Delegierten namens der Karlsruher Verwaltung. Hierauf sang der Gesangverein „Lassallia“ einen Begrüßungschor. Der Verbandsvorsitzende Hermann Nürnberg ergriff darauf den Verbandsstag mit einer längeren Ansprache, in welcher er auf die Entwicklung des Verbandes des Nördens einging.

In das Präsidium wurden gewählt als Vorsitzende Wirtle-Karlsruhe und Junf-Malen, als Schriftführer Wenzler-Eßlingen, Schneider-Karlsruhe, Ries-Ludwigs-Hafen und Frenf-Wirzburg.

Es wurden dann noch gebildet: die Mandatsprüfungs-Kommission, die Budgetkommission und eine Beschwerde-Kommission zur Erledigung schwebender Differenzen. Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 64 Delegierten inklusive des Hauptvorstandes.

Nachdem noch die Geschäftsordnung festgelegt, wurden die Verhandlungen auf heute früh 8 Uhr vertagt.

50 Kilometer Wettgehen u. 25 Kilometer Wettlaufen.

Eine interessante Abwechslung unter den verschiedenen sportlichen Veranstaltungen der letzten Zeit boten die vom hiesigen Sportklub „Vegetarier“ am gestrigen Sonntag arrangierten Wettgehen und Wettlaufen. Beide Konkurrenzren nahmen einen guten Verlauf; der Veranstalter kann auf das Resultat stolz sein, da der erste Geher sowohl wie der erste Läufer Vegetarier sind. Das Resultat im 50 Kilometer-Wettgehen ist folgendes: Von 18 Teilnehmern ging als 1. durchs Ziel Häfner-Karlsruhe (Zeitdauer: 5 Stunden 44 Min. 41 Sek.), zweiter wurde Schmitt-Ludwigs-Hafen, 3. Bröhl-Basel, 4. Gaudel-Karlsruhe, 5. Winkels-Karlsruhe, 6. Schneberger-Freiburg, 7. Ries-Mannheim, 8. Fall-Karlsruhe, 9. Wenz-Karlsruhe, 10. Scheunert-Karlsruhe.

Beim 25 Kilometer-Laufen kam als erster durchs Ziel: Eijelt-Gemünd, 2. Burger-Stuttgart, 3. Bittwolf-Karlsruhe, 4. Stolle-Ludwigs-Hafen, 5. Jung-Ludwigs-Hafen, 6. Städter-Karlsruhe, 7. Watter-Karlsruhe. Teilnehmerzahl 12.

Zu bemerken ist noch, daß der 1. Geher sowohl wie der 1. Läufer in recht guter Verfassung hier ankamen.

Zirkus Corty-Althoff.

Am Samstag hielt der Zirkus Corty-Althoff, der noch von früheren Jahren den Einwohnern von Karlsruhe durch seine Darbietungen in vorteilhafter Weise in Erinnerung ist, seinen Einzug und gab am Abend seine erste Vorstellung. Mit dem für Samstag Abend zusammengestellten Programm hat die Direktion den Beweis erbracht, daß sie auf der Höhe der Zeit steht. Die Darbietungen, welche vorgeführt wurden, können als durchweg sehr gute bezeichnet werden. Besonders hervorheben wollen wir die Freiheitsdressuren der Frau und des Herrn Direktor Althoff, sowie von Mr. Worton als Saltimortale-Meister und Mme. Pauline de Regals als Schilkeiterin. Als ausgezeichnete

Leistung verdienen ebenfalls hervorgehoben zu werden die Darbietungen der Drahtkünstlerin Miß Minni Fred. Das gleiche gilt von der Mag. Gregory-Truppe, welche mit ihren itariischen Spielen einen vollen Erfolg erzielte. Ebenso gute Leistungen boten Les Pastiers, die Akrobaten zu Pferd. Nicht unerwähnt möchten wir Les Freres Plattiers mit ihrem exzentrischen Musiksalakt lassen. Auch die Dressur der Seelöwen von Kapitän Nydrid verrät große Geschicklichkeit und Ausdauer in der Tierdressur. Alle Anerkennung fanden bei dem Publikum die Clowns.

Wer einen unterhaltenden Abend erleben will, dem können wir den Besuch des Zirkus nur empfehlen.

Unterstützung bei militärischen Übungen.

Da in nächster Zeit wieder Einberufungen zu militärischen Übungen in größerem Umfang stattfinden werden, sei daran erinnert, daß die Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften der Reserve, Landwehr und Seewehr auf Antrag eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 Prozent des ortsüblichen Taglohns, für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthaltsorte des Einberufenen und für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Proz. Der Gesamtbetrag darf aber 60 Proz. nicht übersteigen. Die Unterstützung wird nur auf einen gestellten Antrag, der mündlich oder schriftlich bei der Gemeindebehörde angebracht werden kann, gewährt. Der Antrag kann schon vor oder während der Übung gestellt werden, spätestens aber vier Wochen nach beendeter Übung, da sonst der Anspruch verloren geht. Die Unterstützung kann nicht verpfändet oder an dritte abgetreten werden. Sie unterliegt auch nicht der Zwangsvollstreckung und gilt nicht als Armenunterstützung.

Unterklagung von Abonnementsgeldern.

Vom Schöffengericht Karlsruhe erhielt am 18. April der hier wohnhafte Tapezier Jakob Friedrich Wilhelm Jäger aus Belschneureuth wegen Unterklagung 8 Wochen Gefängnis. Die Frau des Angeklagten ist Zeitungsträgerin bei einem hiesigen Blatte und hatte als solche die Abonnementsgelder von den von ihr bedienten Abonnenten einzuziehen. Bei diesem Geschäft half ihr anfangs April der Angeklagte. Er kassierte im ganzen 121,70 M. Das Geld lieferte er aber nicht, wie es hätte geschehen sollen, an seine Frau ab, sondern er zog damit in verschiedenen Wirtschaften herum und verbrauchte davon 82,85 M. Er hätte wahrscheinlich noch mehr vom Gelde für sich verwendet, wenn er nicht auf Anzeige seiner Frau verhaftet worden wäre.

Gegen das schöffengerichtliche Urteil legte Jäger Berufung an die Strafkammer ein. Er behauptet, das Geld nicht unterklagt zu haben. Es müsse ihm gestohlen worden sein. Die Beträge, die er in den Wirtschaften herausgab habe, seien aus seiner Tasche gewesen. Er hätte seiner Frau am 7. April beim Einlassieren geholfen und schon in der Frühe sei er verhaftet worden. Es wäre ganz unmöglich, an einem Tage 83 M. zu vertrinken, wie dies ihm zur Last gelegt werde.

Nach dem Verlaufe der Berufungsverhandlung gelangte die Strafkammer Karlsruhe zur Verwerfung der Berufung.

Der Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts.

Vor dem hiesigen Schöffengericht fand eine Verhandlung gegen den Kaufmann Marschall hier statt. Er war angeklagt, sein Kind dem jüdischen Religionsunterricht zuzuziehen zu haben; tatsächlich hat Marschall, der der positiven Richtung angehört, sein Kind an dem Religionsunterricht der hier bestehenden orthodoxen Religionsgesellschaft teilnehmen lassen. Das Stadtrabbinat konnte sich aber zu einem Dispens von dem allgemeinen Religionsunterricht nicht verstehen, ließ vielmehr das Kind durch einen Schutzmann seinem eigenen Religionsunterricht zuführen und beantragte bei dem Bezirksamt die Bestrafung des Vaters. Dieser erhob Widerspruch, jedoch sich nunmehr das Schöffengericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Von der Verteidigung, die Rechtsanwält Dr. Kamber-Hofheim führte, waren Oberschulrat Sallwürf und Stadtrabbiner Dr. Appel als Zeugen, Probizintarabbiner Dr. Rahn-Julda als Sachverständiger geladen. Das Gericht lehnte indessen die Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen ab.

In seinem Klaidoyer geißelte der Verteidiger das Verhalten des Oerrates der Israeliten, der in den Fällen Kaiser und Marschall den schärfsten Gewissenszwang ausübt, weil es sich hier um Angehörige der Orthodoxen-Richtung handle. Ganz anders sei das Verhalten des Oerrates, wenn Angehörige der sogenannten liberalen Richtung mit Dispensgesuchen bezügl. des Religionsunterrichts an ihn herantreten. So sei es notwendig, daß der Oerrat entgegen seiner eigenen Bestimmung vom 18. Februar 1881, die das Gehörliche als integrierenden Teil des Religionsunterrichts festsetzt, erst jüngst in Forzheim Dispens von diesem Unterricht erteilt. Ferner seien in Mannheim, Forzheim, Freiburg und Karlsruhe einer ganzen Anzahl Familienväter, die ihre Kinder überhaupt ohne Religionsunterricht zu lassen wünschen, auch hierzu der erforderliche Dispens erteilt worden. Wie komme also der Oerrat dazu, in diesem Falle in solcher Weise vorzugehen, und ein Kind durch den Schutzmann zur Schule holen zu lassen?

Allerdings stehe der Oerrat jetzt auf dem Standpunkt: der Religionsunterricht der hiesigen Religions-Gesellschaft ist vollwertig, so lang es sich um Kinder handelt, deren Eltern aus der Landessynagoge ausgeschlossen sind; er ist aber nicht tollwertig für Kinder, deren Eltern noch der Landessynagoge angehören! Es sei dies ein Standpunkt, der logisch und juristisch gleich ungerechtfertigt ist. Es sei daher der Angeklagte freizusprechen, der lediglich, um einem Gewissenszwang zu entgehen, sein Kind in einen Religionsunterricht geschickt habe, der seinen eigenen Anschauungen entspricht. Die Berechtigung hierzu leite sich aus § 19 der badischen Verfassung her, der jedem Staatsbürger volle Gewissensfreiheit garantiere.

Das Gericht kam nach kurzer Beratung zur Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 3 M. In den Urteilsgründen ist angeführt, daß von einem Eintreten in die Sache selbst abgesehen werden müsse. Das Gericht konnte lediglich die formelle Seite prüfen. Ein Dispens lag nicht vor; ob ein solcher mit Recht oder Unrecht verweigert worden ist, entziehe sich der Nachprüfung des Gerichtes. Der Angeklagte wird sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen, sondern Berufung einlegen, jedoch die Angelegenheit auch noch die höheren Instanzen beschäftigen wird.

* **Stadtgartenkonzerte.** Vom Mittwoch, den 24. ds. Mts. an werden die Stadtgartenkonzerte bis auf weiteres Berlags wieder abends 8 Uhr, die Sonntagskonzerte nachmittags 5 Uhr beginnen.

* **Wettschwimmen.** Zu dem am Sonntag, den 27. Juni, vom 1. Karlsruher Schwimmklub „Neptun“ im städtischen Bierorbade veranstalteten „Nationalen Wettschwimmen“ sind Meldungen von Vereinen aus ganz Deutschland eingelaufen. 19 Vereine aus Magdeburg, Hannover, Nürnberg, Frankfurt, Augsburg, Mannheim, Heidelberg, Straßburg, Stuttgart, Heilbronn, Durlach usw. haben weit über 100 Meldungen zu den einzelnen Wettkämpfen abgegeben. Eine besonders gute Besetzung weisen die beiden Stafetten und die Damenschwimmer, deren das Programm 3 verzeichnet, auf. Die Jünglings- und Juniorenkonkurrenzen benötigen durchweg mehrere Räufe. Der Senior der deutschen Springer, Weltmeisterschaftspringer Gottl. Walz aus Stuttgart, wird ein Schaupringen vorführen, das einen Besuch des Schwimmfestes lohnt. Von Freunden und Gönnern des Klubs wurden bereits zahlreiche Ehrenpreise zur Verfügung gestellt.

* **Bevölkerungsbewegung.** Die Zahl der Geburten betrug 116 (1908: 126). Lebendgeborene wurden 278 (828) angemeldet, darunter 142 (174) Knaben und 136 (154) Mädchen. Von der Gesamtzahl der Lebendgeborenen waren 249 (278) eheliche und 29 (50) uneheliche Kinder. Die Zahl der Totgeborenen betrug 8 (8), darunter 5 (8) Knaben und 3 (5) Mädchen. Gestorben sind 180 (158) Personen und zwar: 96 (83) männlichen und 84 (75) weiblichen Geschlechts. Von der Gesamtzahl der Sterbefälle entfielen 43 (33) auf Kinder im ersten und 20 (19) auf Kinder im zweiten bis fünften Lebensjahr. Auf die hauptsächlichsten Todesursachen entfielen Sterbefälle an: Scharlach 3 (2), Masern — (—), Diphtherie und Krupp 2 (4), Keuchhusten — (—), Typhus — (2), Lungentuberkulose 27 (23), Infuenza 8 (—), Lungentzündung 14 (6), sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane 8 (10), Krankheiten der Kreislauforgane 16 (21), Krankheiten des Nervensystems 15 (23), Magen- und Darmkrankheiten 19 (14), darunter Kinder im ersten Lebensjahr 17 (13), sonstigen Magen- und Darmkrankheiten 11 (10), Krebs und sonstigen Neubildungen 9 (12), Selbstmord 3 (4), Verunglückung 5 (2).

* **Um 300 M. prellten zwei Bauernfänger im hiesigen Stadtpark zwei von Düsseldorf heimreisende Schweizer durch Täuschungsmanöver. In einem hinterlassenen Käschen fanden die Betrogenen kleine Steine, ein leeres Portemonnaie und ein Taschentuch.**

Briefkasten der Redaktion.

Gonbelsheim. Den Tag der Wahl bestimmt der Bürgermeister. Beschwerden dagegen müssen beim Bezirksamt eingereicht werden.

Ed. B. Das kommt auf die Höhe der Strafe an; im Amtsgerichtsgefängnis dürfen die Kleider bis zu einer viermonatlichen Strafe getragen werden; im Landgerichtsgefängnis in Freiburg dagegen ist das Tragen der eigenen Kleider, ohne Rücksicht auf die Dauer der Strafe, vollständig verboten.

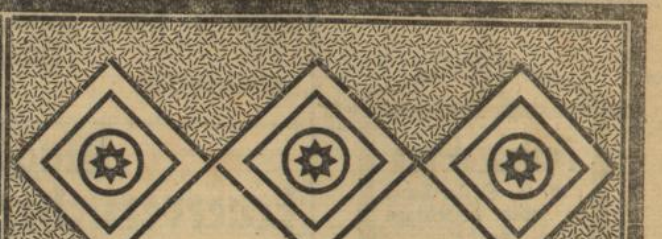
Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdem. Bürgerauschuhstraktion.) Dienstag, den 22. Juni, abends Punkt halb 9 Uhr, Fraktionsführung in der „Guten Quelle“. 3204 Der Vorstand.

Geschäftliches.

Ein zeitgemäßer Rat an unsere Hausfrauen ist der, gerade auch beim Einkauf von Nahrungsmitteln und Genussmitteln auf die Kennzeichen der Echtheit zu achten. Heutzutage suchen so mancherlei Nachahmungen von dem Vertrauen zu profitieren, das altbewährte Erzeugnisse, wie z. B. die von Maggi, dank ihrer stets gleichmäßigen Güte seit langem genießen. Hier gilt das alte wahre Wort: „Für den Magen ist das Beste gerade gut genug.“

Alle Gemüse werden besonders wohlfeil, wenn man sie statt in Wasser, in Bouillon — die man rasch, billig und bequem aus Maggis Bouillon-Würfeln herstellt — abkocht.



Auf Credit!

Herren-, Knaben-, Damen- und Mädchen-Konfektion. Manufakturwaren

== Einzelne Möbelstücke ==
sowie vollständige
Wohnungs- Einrichtungen
in jeder Preislage.

Kleinste Anzahlung. Sehr bequeme Abzahlung.

Credithaus Jffmann

Lammstr. 6 Karlsruhe Lammstr. 6

